



Michael Kauch MdB

Sprecher für Umweltpolitik der FDP-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises V (Infrastruktur und Umwelt)
Vorsitzender des Bundesfachausschusses Soziales der FDP

Inhalt dieses Newsletters

- 1) FDP will Sperre beim Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien aufheben**
- 2) Westerwelle und Kauch beim Petersberger Klimadialog**
- 3) Abschließende Einigung in der Koalition bei der Solarförderung**
- 4) Programm zur Partikelfilter-Förderung ausgeweitet**
- 5) Debatten zu Kohlekraftwerken und Laufzeitverlängerung**
- 6) Bundesregierung stellt Lebenspartner bei Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer und BAföG gleich**
- 7) BFA Soziales zu Zivil- und Freiwilligendienst**
- 8) Parlamentarische Beirat begutachtet Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen**
- 9) Wissensaustausch mit den Wirtschaftsuniern – Politik trifft auf Wirtschaft**
- 10) Pressemitteilungen des laufenden Monats**

1) FDP will Sperre beim Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien aufheben

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2010 wurde auf Drängen des Bundesfinanzministeriums eine Haushaltssperre für das Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien beschlossen. Die Förderung, mit der z.B. Solarthermieanlagen, Biomasseheizungen und Wärmepumpen bezuschusst werden, wird daher z.Zt. nicht mehr gewährt. Die FDP-Fraktion will die Sperre aufheben, hält aber eine seriöse Finanzierung für erforderlich. Denn der Grund für die Sperre ist ein Einbruch aus den Versteigerungserlösen des Emissionshandels, aus denen sich das Programm speist. Die Umweltpolitiker haben nun einen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht. Dieser ist auf Zustimmung in der FDP-Fraktion gestoßen, so dass seitens der FDP ein Weg aufgezeigt ist, wie man die Sperre aufheben kann. Finanz- und Umweltminister (beide CDU) streiten und blockieren sich aber weiter – zu Lasten von Hausbesitzern, Handwerkern und Umwelt.

2) Westerwelle und Kauch beim Petersberger Klimadialog

Michael Kauch hat als umweltpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstands beim hochkarätig besetzten Petersberger Klimadialog teilgenommen. Beim Treffen mit Vertretern von 45 Staaten vertrat Kauch die Vorsitzende der Bundestagsfraktion Birgit Homburger. Bundesaußenminister Westerwelle unterstrich in seiner Rede bei der Konferenz noch einmal die Einbindung der Klimaschutzpolitik in die deutsche Außenpolitik. „Guido Westerwelle hat sich klar zum Ziel der Bundesregierung bekannt, die Klimaerwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Er hat zurecht hervorgehoben, dass Klimaschutz ein wichtiger Teil präventiver Außenpolitik ist, um Konflikte zu vermeiden und Frieden zu erhalten. Unkontrollierter Klimawandel gefährde den Respekt vor fundamentalen Menschenrechten und habe eine dramatische Auswirkung auf die Beziehungen zwischen Völkern“, bilanzierte Michael Kauch nach dem gelungenen Auftritt Westerwelles.

3) Abschließende Einigung in der Koalition bei der Solarförderung

Im Deutschen Bundestag wurde nach langen Verhandlungen eine Reform der Solarförderung beschlossen. Ziel war es, Traumrenditen von Investoren zu Lasten der Verbraucher zu beenden. Die Fördersätze werden bei Dachanlagen um 16 Prozent, bei Freiflächenanlagen um 15 Prozent und bei Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen um elf Prozent abgesenkt. Die FDP-Fraktion konnte insbesondere durchsetzen, dass bei Ackerflächen, die auf Druck der CSU ab 1. Juli aus der Förderung fallen, eine weitergehende Vertrauensschutzregelung gilt, als noch im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehen. Außerdem haben wir erwirkt, dass die Förderung auf ehemaligen verkehrlichen und wohnungsbaulichen Flächen sowie am Rande von Autobahnen und Schienenwegen möglich wird. Der Bundesrat muss am 4. Juni dem Gesetz noch zustimmen.

4) Programm zur Partikelfilter-Förderung ausgeweitet

Das Programm zur Förderung der Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Partikelfiltern wird verlängert – ein Erfolg der Koalition für Autofahrer und Umwelt. Entgegen den Plänen von Ex-Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD), der das Programm für eine bessere Luftreinhaltung Ende 2009 auslaufen lassen wollte, hat sich die schwarz-gelbe Bundesregierung sogar auf eine Ausweitung verständigt. Neben Pkw werden in diesem Jahr erstmals auch leichte Nutzfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 3,5 Tonnen bei der Partikelfilternachrüstung mit 330 Euro unterstützt. Denn besonders leichte Nutzfahrzeuge tragen durch ihren innerstädtischen Einsatz im Lieferverkehr zum Teil erheblich zur Feinstaubbelastung bei. Die konsequente Haltung der FDP bei den Koalitionsverhandlungen hat sich gelohnt.

5) Debatten zu Kohlekraftwerken und Laufzeitverlängerung

Die Grünen haben im Bundestag kurz vor der NRW-Wahl einen Antrag vorgelegt, mit dem sie den Neubau von Kohlekraftwerken verbieten wollen. Gleichzeitig fordern sie für bestehende Kraftwerke einen Mindestwirkungsgrad – de facto auch ein Verbot. Michael Kauch wandte sich in seiner Plenarrede gegen das als Klimaschutzantrag getarnte Wahlkampfmanöver. „Wer den Neubau und den Bestand von Kohlekraftwerken so angreift, wie es die Grünen tun, der will den Industriestandort niedermachen.“ Ein Bauverbot würde dazu führen, dass die „Dreckschleudern“ weiter am Netz bleiben.

Nach der NRW-Wahl ging es mit den Schaufenster-Anträgen munter weiter – diesmal von der SPD. Die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke sei zustimmungspflichtig im Bundesrat und werde daher nicht kommen. Michael Kauch entgegnete, dass die FDP als Verfassungspartei und gerade das Bundesjustizministerium die Zustimmungspflicht genau prüfen werde. Die Frage sei sehr komplex: weder sei sie in jedem Fall zustimmungsfrei, wie es Kanzleramtsminister Pofalla kundgetan hatte, noch in jedem Fall zustimmungspflichtig, wie die SPD meint. Die FDP werde für eine Lösung eintreten, die vor dem Verfassungsgericht Bestand habe.

6) Bundesregierung stellt Lebenspartner bei Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer und BAföG gleich

Auf Druck der FDP-Minister hat das Bundeskabinett gestern die vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartner mit Ehegatten bei Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer beschlossen. Geregelt wird dies im Gesetzentwurf zum Jahressteuergesetz. Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßt diesen Erfolg. Schritt für Schritt setzen die Liberalen damit die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages um.

Die Änderung bei der Erbschaftsteuer bringt eingetragenen Lebenspartnern nun nicht nur gleiche Freibeträge, sondern auch gleiche Steuersätze wie Ehegatten. Durch die Änderung bei der Grunderwerbsteuer wird die Übertragung von Grundstücken zwischen Lebenspartnern steuerfrei. Gleiches gilt für den Grundstückserwerb aus dem Nachlass bei Tod eines der Lebenspartner.

Die Bundesregierung hat zudem das Gesetzgebungsverfahren zur Reform des BAföG eingeleitet. Im Gesetzentwurf ist auch die Gleichstellung eingetragener Lebenspartner mit der Ehe vorgesehen. Die Gleichstellung hat für die Betroffenen zwei Seiten, nämlich bei Rechten und Pflichten. Einerseits werden künftig die Partnereinkommen bei der Berechnung der BAföG-Leistungen angerechnet, andererseits werden dem Paar auch die gleichen Freibeträge wie bei Ehegatten eingeräumt. Zudem werden auch ausländische Lebenspartner künftig förderberechtigt sein.

7) BFA Soziales zu Zivil- und Freiwilligendienst

Bei seiner letzten Sitzung im April hat sich der BFA Soziales mit der just beschlossenen Verkürzung des Zivildienstes befasst. Durch die Verkürzung des Wehrdienstes müssen auch Zivildienstleistende künftig nur noch für sechs Monate Ersatzdienst leisten. Daraus resultieren allerdings auch einige Probleme: So beklagen Träger, dass ein sinnvoller Einsatz so kaum noch möglich sei, da die Ausbildung einen zu langen Zeitraum im Vergleich zum Einsatz in Anspruch nimmt. Für junge Männer, die nach dem Zivildienst ein Studium oder eine Ausbildung beginnen wollen, stellt sich das Problem einer mehrmonatigen Lücke, bevor sie ihre Ausbildung beginnen können.

Die Koalition hat sich nun auf die Option einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes geeinigt. Die Verlängerung kann frühestens zwei Monate nach Dienstbeginn vereinbart werden – um auszuschließen, dass die Träger Zivildienststellen nur an Bewerber vergeben, die sich gleich zu einem längeren Dienst bereit erklären. Es ist den Liberalen wichtig, hier Chancengleichheit zu wahren und Missbrauch zu vereiteln.

Die FDP macht sich seit langem für eine Abschaffung des Wehr- und damit auch Zivildienstes stark. Wir bevorzugen statt dessen einen Ausbau der Freiwilligendienste, wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr, das junge Männer und Frauen gleichermaßen anspricht. Außerdem setzen wir auf einen Ausbau des Ehrenamts und eine verstärkte Einbeziehung älterer Bürgerinnen und Bürger. Der Bundesausschuss wird sich auf seiner nächsten Sitzung mit konkreten Vorschlägen für die Stärkung des Ehrenamtes befassen.

8) Parlamentarische Beirat begutachtet Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE), in der Michael Kauch Obmann für die FDP-Fraktion ist, hat sich in dieser Legislaturperiode erstmals zur Aufgabe gemacht, die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung zu bewerten. In der 16. Wahlperiode wurde in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung festgelegt, dass die Ministerien ihre Gesetzentwürfe auf ihre Nachhaltigkeitswirkung überprüfen müssen. Der PBNE wurde damit beauftragt, für das Parlament diese Nachhaltigkeitsprüfungen zu begutachten und ggf. Stellungnahmen an die federführenden Ausschüsse abzugeben. Nach der Koalitionsvereinbarung soll diese Nachhaltigkeitsprüfung dann um eine Generationenbilanzierung ergänzt werden.

9) Wissensaustausch mit den Wirtschaftsjunoren – Politik trifft auf Wirtschaft

In der vergangenen Sitzungswoche Woche fand in 16. Auflage der Know-How-Transfer von Wirtschaftsjunoren und Deutschem Bundestag statt. Rund 200 Unternehmer kamen nach Berlin gereist, um sich mit den Abgeordneten über ein breites Themenspektrum auszutauschen und persönliche Kontakte zu knüpfen.

Zu Gast bei Michael Kauch war Britt Lorenzen aus Dortmund. Die junge Unternehmerin (Jahrgang 1974) ist im Bereich Vernetzungs- und Kooperationsmanagement aktiv. Sie hatte eine Woche Zeit, hinter die Kulissen des Deutschen Bundestags zu blicken und Michael Kauch bei Gremiensitzungen, Hintergrundgesprächen und parlamentarischen Terminen zu begleiten. Der Einblick in den Alltag eines Parlamentariers war für sie eine interessante Erfahrung. Auch das Netzwerken ist nicht zu kurz gekommen, und Britt Lorenzen und Michael Kauch waren sich am abschließenden Tag einig, dass sie auch zukünftig den Kontakt halten werden, um vom gegenseitigen Know-How zu profitieren. Die Wirtschaftsjunoren Deutschland (WJD) bilden mit rund 10.000 aktiven Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von Unternehmern und Führungskräften unter 40 Jahren.

10) Pressemitteilungen des laufenden Monats

Im Folgenden erhalten Sie eine Übersicht der Pressemitteilungen, die Michael Kauch als Abgeordneter in den vergangenen Wochen herausgegeben hat. Die vollständigen Texte finden unter www.michael.kauch.de in der Rubrik „Kauch in Berlin/Presse“.

- 20. Mai 2010: KAUCH: Weitere Gleichstellung eingetragener Lebenspartner erreicht
- 19. Mai 2010: KAUCH: Lösung für Marktanreizprogramm finden
- 17. Mai 2010: KAUCH: Magnus-Hirschfeld-Stiftung wird Beitrag gegen Homophobie leisten
- 12. Mai 2010: DÖRING / KAUCH: Verlängerung der Förderung für Partikelfilternachrüstung - Ein Erfolg für Autofahrer und Umwelt
- 07. Mai 2010: KAUCH: Zustimmung zu Griechenland-Hilfe plus Banken-Steuer - Kritik an Bülow und Burchardt
- 06. Mai 2010: KAUCH: Zukunftsfähige Reform der Solarförderung
- 03. Mai 2010: KAUCH: FDP-Fraktion begrüßt klare Worte Westerwelles zum Klimaschutz
- 03. Mai 2010: KAUCH: Bundesregierung stellt Lebenspartner beim BAföG gleich
- 02. Mai 2010: KAUCH: Neuer Schwung für die Klimapolitik

Impressum

Michael Kauch, MdB	Tel.: 030/227-70535
Deutscher Bundestag	Fax: 030/227-76535
Platz der Republik 1	E-Mail: michael.kauch@bundestag.de
11011 Berlin	Web: www.michael-kauch.de

Sollten Sie zukünftig keinen Newsletter mehr erhalten wollen, schreiben Sie doch bitte eine formlose Email an folgende E-Mail-Adresse: michael.kauch.ma03@bundestag.de.